

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

7.3.1930 (No. 57)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfach Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Anzeigenenteil: Chefredaktor G. Meub, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. Anzeigenpreis: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Panamas

Der zum Vizekonsul von Panama in Stuttgart ernannte Herr Oskar Weinschel ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden vorläufig zugelassen worden.

Die Parteien und das Finanzkompromiß

Die Widerstände der Fraktionen gegen die Einigung in der Finanzfrage, die im Reichskabinett erfolgt ist, haben sich im Laufe des Donnerstags verstärkt. Das kommt in dem Beschluß der Sozialdemokraten zum Ausdruck, die sich die Stellungnahme vorbehalten, ebenso aber auch in dem Ergebnis der Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei, der die Belastungen der Wirtschaft zu stark sind und die Steuererhöhungsverpflichtungen als Zukunftsnuß erscheinen.

Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei sind weiter dafür, daß zunächst der Youngplan erledigt wird. Damit hat sich also an dem Gegensatz dieser beiden Fraktionen zum Standpunkt des Zentrums nichts geändert und die Situation steht eigentlich wieder genau so aus, wie vor der Kabinetts-einigung. Gelingt es nicht, bis Mitte der nächsten Woche eine Einigung herbeizuführen, so wird die Entscheidung bei der Schlußabstimmung über den Youngplan fallen. Eine Mehrheit ohne das Zentrum ist nicht denkbar. Unter diesen Umständen bleiben dann nur zwei Möglichkeiten, entweder das Zentrum gäbe nach, oder die Young-Gesetze würden vom Reichstag abgelehnt. In Zentrumskreisen wird ausdrücklich betont, daß das Zentrum nicht daran denke, seinen Standpunkt aufzugeben. Die Ablehnung der Young-Gesetze würde natürlich den Rücktritt der Regierung zur Folge haben. Was dann werden soll, darauf weiß jedoch niemand eine Antwort. Man tröstet sich damit, daß man ja noch etwa acht Tage Zeit hat und daß inzwischen noch manches geschehen könne, um die Krise zu vermeiden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, am morgigen Samstag eine Parteiführerversammlung über das Finanzprogramm und über die Verabschiedung des Youngplanes abzuhalten.

Das Zentrum verlangt feste Bindung

In Antwort auf Ausführungen des „Vorwärts“ erklärt das Hauptorgan des Zentrums, die „Germania“, in Fettdruck: „Wir sind der Meinung, daß die Sanierung der Finanzen das Mittel ist, um den Weg ins Freie zu finden, und daß ohne Sanierung der Finanzen auch die Ermäßigung des Youngplans ihre Bedeutung verlieren. Was das Volk will, ist eine geordnete Finanzwirtschaft. Das ist der Weg, um Katastrophen zu vermeiden. Wir wiederholen: Es wird jetzt Sache der Reichsregierung sein, eine feste Bindung auf ihr Programm zu schaffen und zu verhüten, daß die im Kabinett mit Mühe und Not überwundene Krise nun von den Parteien her droht.“

Molkenhauer droht mit Rücktritt

Wie ernst die parlamentarische Lage im Zusammenhang mit dem Kabinettsbeschlusse über die Finanzsanierung ist, zeigt ein Vorfall, der sich nach einem Bericht der „Voss. Zig.“ in der vorkonstituierenden Reichstagsfraktion abgespielt haben soll. Die Vorschläge des Kabinetts seien so scharf kritisiert worden, daß der Eindruck entstand, der Reichsfinanzminister werde von seiner Fraktion völlig desabonniert werden. Dr. Molkenhauer habe daraufhin erklärt, daß er sich zum Kanzler begeben werde, um ihm sein Rücktrittsgesuch zu übermitteln. Erst auf Zureden seiner Parteifreunde habe sich Molkenhauer entschlossen, von seiner Demission Abstand zu nehmen.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßte folgenden Entschluß: „Die Fraktion ist der Ansicht, daß Beschlüsse des Reichskabinetts in wesentlichen Punkten ihrem Beschluß vom 2. März 1930 nicht gerecht werden. Sie wird in den weiteren Verhandlungen auf die Erfüllung ihrer Forderungen im Interesse der Gesundheit der Wirtschaft, die die Voraussetzung auch für die Minderung der Arbeitslosigkeit ist, dringen.“

Wie die Korrespondenz der „Bairischen Volkspartei“ meldet, wurde die Vorlage über die Biersteuererhöhung in der Reichstagsfraktion unter dem schärfsten Protest des Reichspostministers Dr. Schäkel angenommen.

Deutschnationale Anträge

DDJ, Berlin, 7. März. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat bei Beratung des Youngplans eine Reihe von Anträgen und Entschlüssen eingebracht. So beantragt die Fraktion, festzustellen, daß die Young-Gesetze einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedürfen. In einer Entschlüsselung wird die Reichsregierung ersucht, mit eingehender Begründung zu erklären, ob sie die Zahlungen des Youngplans für dauernd durchführbar hält, und durch eine ausführliche Erklärung Deutschland das Recht vorzubehalten, die Revision des Youngplans mit dem Ziele der Festsetzung der deutschen Leistungen im Falle seiner Undurchführbarkeit zu fordern.

Verbotene Kommunistenlagung. Der von der Bezirksleitung Südbayerns der kommunistischen Partei Deutschlands für Samstag und Sonntag nach München einberufene Kongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist mit allen geplanten öffentlichen Demonstrationen und Kundgebungen verboten worden.

Letzte Nachrichten

Zum Polenabkommen

Für den Schutz der Deutschen in Polen

DDJ, Berlin, 7. März. (Tel.) Die Regierungsparteien haben zur zweiten Lesung des Polenabkommens folgende Entschlüsselung im Reichstag eingebracht: „Die Lage der deutschen Minderheiten in Polen gibt nach wie vor zu schwersten Besorgnissen Anlaß. Da eine wirkliche Befriedigung Europas nur möglich ist, wenn das internationale Minderheitenrecht in vollem Umfang tatsächlich Geltung hat, ermahnt der Reichstag, daß die deutsche Reichsregierung in Erfüllung der dem Reich als Mitgarant des internationalen Minderheitenrechts obliegenden Verpflichtungen alle völkerrechtlich vorgehenden Mittel zur Anwendung bringt, um den Minderheiten Recht und Freiheit zu sichern.“

Frankreich und die Seemächtekonferenz

Gegen „Schwächeanfalle“ Briands

DDJ, Paris, 7. März. (Tel.) Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ tritt anlässlich des bevorstehenden Wiedererscheins einer französischen Delegation auf der Seemächtekonferenz mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß Frankreich an den von seinen Vertretern bisher verfolgten Forderungen nicht das geringste nachlasse. Nachdrücklich wünsche, daß auf der Seemächtekonferenz in drei Wochen alles zu Ende und unterzeichnet sei. Er könne aber nur dann hoffen, zum Ziele zu gelangen, wenn es ihm gelinge, sich mit Frankreich zu verständigen. Wenn die französische Delegation festbleibe, dann müsse das französische Programm sich auch durchsetzen. Schließlich warnt der Korrespondent vor einem „jener Schwächeanfalle, an die Briand das französische Volk in der Vergangenheit leider gewöhnt habe.“

Die Freifahrt der Reichstagsabgeordneten

DDJ, Berlin, 7. März. (Tel.) Der Gesundheitsausschuß des Reichstages beriet den Nachtragsetat für 1930. Von verschiedenen Abgeordneten wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit der Reichsbahn über eine Verabsicherung der Entschädigung für die Freifahrt der Reichstagsabgeordneten zu keinem Erfolg geführt haben. Die Entschädigung beträgt nach wie vor 1 250 000 M im Jahre. Der Ausschuß beschloß, die endgültige Stellungnahme zur Entschädigungsfrage der Reichsbahn für die Freifahrten der Abgeordneten der Beratung des Etats 1930 zu überlassen.

Lohnherabsetzung in der englischen Textilindustrie

DDJ, London, 7. März. (Tel.) Ein von Lord Mac Millan erstatteter Bericht über die Lage der Wolltextilindustrie in Yorkshire, den das Arbeitsministerium beantragt hatte, kommt zu der Schlussfolgerung, daß eine Herabsetzung der Löhne unvermeidlich sei. Sie soll für Zeitarbeiter 9% Proz. und für Stahlarbeiter 8,766 Proz. betragen. Die Arbeitgeber hatten Lohnherabsetzungen von 15% bis 18% Proz. verlangt. Nunmehr muß sich der gemeinschaftliche Industriekongress mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern befassen, mit diesen geteilt bekanntgegebenen Anempfehlungen befaßt. Von der Lohnherabsetzung würden 200 000 Personen betroffen werden.

Amerika und die DZJ

DDJ, Washington, 6. März. (Reuters). Der Vorkonferenz des Vorkonferenzkomitees billigte einstimmig zwei Entschlüsselungen, in denen Staatssekretär Stimson und Schatzamtssekretär Mellon um Auskunft darüber ersucht werden, in welcher Weise das Bundesreservemittel an der Bildung der DZJ beteiligt sei.

Aufhören der Roggenstützungaktion

Die mit den Roggenstützungsläufen beauftragte Getreideindustrie- und Kommissions-KG, Berlin, nahm am Donnerstag an der Berliner Produktienbörse nur einen Teil des vorhandenen Angebots von Roggen auf, so daß die Notiz, die in den letzten Wochen un verändert gehalten worden war, um 3 M je Tonne herabgesetzt werden mußte. Als Erklärung für dieses Vorgehen wurde auf die gegenwärtig im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur Beratung stehenden neuen Stützungspläne verwiesen, von denen man eine so nachhaltige Senkung des Preisniveaus erhofft, daß man die bisherigen Preistendenzen nicht mehr aufrechterhalten zu müssen glaubt. Es wird auch bei den nunmehr allmählich beginnenden Bestellungen mit einem Nachlassen des aus erster Hand stammenden Angebots gerechnet. Dem „Berl. Tagebl.“ zufolge ist der Plan eines Weimahlungszwanges von Roggen zum Weizen in Höhe von 60 Proz. ad acta gelegt worden.

Ein französischer Beschluß zugunsten des Zollwaffenstillstandes. Der französische Studienausschuß für den europäischen Zollverein, dessen Ehrenpräsident Briand ist, und der in den Erklärungen des französischen Delegierten Terruz vor der Genfer Zollwaffenstillstandskonferenz eine schwere Gefahr für seine Vorträge sieht, hat in einer Entschlüsselung, die er der französischen Regierung und allen europäischen Abordnungen bei der Konferenz vorlegte, wiederum auf die Notwendigkeit eines Zollwaffenstillstandes für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas hingewiesen.

Wirtschaftliche Umschau

Diskontermäßigung der Reichsbank — Wohnungsbaun und Arbeitslosigkeit — Kunstseide

Mit der Diskontsenkung um ein weiteres halbes Prozent ist die Reichsbank heute den Klagen London und Amsterdam und den nordischen Ländern gefolgt. Die Stodung der Konjunktur hat im Ausland und Inland die anhaltende Geldverbilligung der letzten Zeit herbeigeführt und ermöglicht. Natürlich liegt die Führung beim kapitalreichen Ausland, und Deutschland kann lediglich vorsichtig folgen. Der deutsche Wechselkurs hat nun mit 5 1/2 Proz. einen so niedrigen Stand erreicht, daß er seit der Stabilisierung nur durch den Stand im ersten Halbjahr 1927 übertroffen wurde. Ihr günstiger Status und der starke Goldzufluß haben der Reichsbank diesen Schritt sehr erleichtert.

Den Vorschlägen, die Spanne zwischen Wechselkurs und Lombardzinsfuß, die zur Zeit 1 Prozent (von Dezember 1928 bis Februar 1929 betrug sie 2 Prozent) beträgt, zu vergrößern, ist man nicht nachgekommen. Sie wurden mit der Notwendigkeit begründet, eine Überbeanspruchung der Reichsbank mit Lombarddarlehen hintanzuhalten. Seinerzeit war den Stellen, die Reichsbankangelegenheiten übernommen hatten, die jederzeitige Lombardierungsmöglichkeit zugesagt worden, was gegen eine Vergrößerung der Spanne sprach. Andererseits muß man mit einer weiteren Ausdehnung wegen der Vergrößerung des Kreises der zur Lombardierung zugelassenen Wertpapiere rechnen, zumal auch die Zulassung der Kommunalschuldverschreibungen beabsichtigt ist.

Die Mieterschutzgesetze werden nach dem Beschluß des Reichstages nun vorerst bis Mitte nächsten Jahres weiterlaufen, um den weiteren, langsamen Abbau der für die Dauer nicht aufrechtzuerhaltenden Zwangswirtschaft zu ermöglichen. Über die Notwendigkeit dazu ist man sich im Grunde in allen Kreisen einig, über das Tempo gehen freilich die Meinungen sehr auseinander. Gätten wir normalere und gesündere allgemeine wirtschaftliche Verhältnisse, lägen nicht Kapitalmangel und Arbeitslosigkeit so wie jetzt auf dem deutschen Volk, dann würde sich dieses Problem viel einfacher darstellen. Dem Verlangen nach einer „wirtschaftlich richtigen Miete“, die sich aus Angebot und Nachfrage ergibt, steht schon die bekannte Tatsache entgegen, daß die Baugelder viel zu teuer sind und aus allgemeinen Mitteln künstlich verbilligt werden müssen, um Mieten zu ermöglichen, die für die breiten Schichten der Bevölkerung erschwinglich sind. Wir haben somit zunächst keine freie Wirtschaft auf dem Markt für die Baugelder.

Bei der Wohnungsdebatte im Karlsruher Bürgerausschuß kamen die verschiedenen Schattenseiten der gegenwärtigen Regelung wieder zum Ausdruck. Es stehen zirka 100 Wohnungen in Neubauten nicht nur leer, weil sie an sich den in Betracht kommenden Mieterschichten zu teuer scheinen, sondern weil die Inhaber der Altmwohnungen lieber ihre künstlich in der Miete niedrig gehaltenen, wenn auch mit den Neubwohnungen nicht vergleichbaren und für sie unzureichenden Wohnungen behalten. Schon daraus ergibt sich eine Berechtigung für die Forderung nach einem gewissen Ausgleich der Mieten von Alt- und Neubwohnungen, was die großen Wirtschaftsverbände in einer gemeinsamen Eingabe an den Reichstag verlangen. Es würden dadurch sicher manche kleinere Wohnungen (mit immer noch niedrig zu haltenden Mieten) verfügbar, an denen der größte Mangel herrscht, und auch ein Stodden des Wohnungsneubaus verhindert, denn es ist klar, daß das Leerstehen von Wohnungen bei Baugenossenschaften und Privaten hemmend auf die Bautätigkeit wirken muß. Andererseits wird die Lösung des Wohnungsproblems immer weiter hinausgezogen, wenn nicht ein dauernder Zugang von Neubwohnungen die Voraussetzung für einen genügend bescheiden, keiner Übertreibung durch Mangel an Ware unterliegenden Wohnungsmarkt schafft.

Zum Reich wurden im vergangenen Jahr etwa 3 1/2 Milliarden Reichsmark für den Bau von Wohnungen verwendet, und es ist jetzt nicht nur eine wohnungs-, sondern auch eine arbeitspolitische, also tatsächlich volkswirtschaftliche Frage, daß diese Entwicklung nicht ins Stocken gerät. Dafür bestehen jedoch verschiedene Anzeichen, trotzdem die Baugelderfrage sich wieder etwas günstiger ge-

Mit der Beilage: 31. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

staltet hat und der Baubriefmarkt der Hypothekennit-
tute in den letzten Monaten etwas besser war. Das Kar-
desarbeitsamt Südwestdeutschland berichtet, daß die Ent-
lassungen im Hoch- und Tiefbaugewerbe zwar zum Still-
stand gekommen sind, daß aber auf der anderen Seite
auch Neueinstellungen nur vereinzelt vorgenommen wur-
den. Auch an den Baustoffmärkten ist das Geschäft im
Februar noch relativ still gewesen. Das Institut für Kon-
junkturforschung rechnet mit einem „um mehr als 15
Proz. geringeren Bauvolumen“ als im Vorjahr. Die Be-
schäftigungsaussichten des Baugewerbes, das als Schlüs-
selgewerbe bekanntlich besondere Bedeutung hat, sind so-
mit jetzt zu Beginn der neuen Baujahre nicht günstig,
zumal noch die öffentlichen Stellen wegen ihrer Haus-
haltsfragen bei der Einstellung von Mitteln zur Bau-
förderung Zurückhaltung üben müssen.

Das vorgeschlagene Mittel, leichter und billiger und
dadurch mit den vorhandenen Mitteln mehr zu bauen,
um eine stärkere Beschäftigung und die Voraussetzungen
zum schnelleren Abbau der Zwangswirtschaft herbeizufüh-
ren, begegnet freilich nicht ganz unberechtigten Beden-
ken, vor allem technischer Art. Diesen wird entgegen-
gehalten, daß man trotzdem behördliche Sicherungen bei
der Bauaufsicht treffen könne, um die Erstellung un-
brauchbarer Wohnungen und die unrationelle Verwen-
dung von Mitteln zu verhindern. Außerdem wird ge-
sagt, daß es jetzt nicht so nötig sei, vorzüglich Wohnun-
gen zu errichten, die mehrere Generationen aushalten,
sondern daß aus volkswirtschaftlichen Gründen zunächst
die aktuelle Not der Gegenwart zu befämpfen sei.

Die Kunstseideproduktion der Welt wird gegenwärtig
auf das Dreifache von 1924 geschätzt. Wenn trotzdem die
Kurse der Kunstseide-Papiere an den Börsen weiter not-
leidend sind, so liegt das daran, daß man die Absatzfähig-
keiten überschätzt hat, die Betriebe zu groß ausbaute und
sie deshalb nicht voll ausnützen kann. Außerdem hat man
es im Inland und Ausland verstanden, die Gefestigungs-
kosten erheblich zu verbilligen, und die Folge davon waren
einmal neue Investitionen und dann sehr scharfer Kon-
kurrenzkampf mit starkem Sinken der Garnpreise, Er-
schütterungen, denen man seit langem durch internationale
Kartellierung (trotz der starken internationalen Ver-
flechtungen) vergeblich beizukommen versucht, da im-
mer wieder Außenleiter auftreten. Der starke Preisrück-
gang um 30-40 Proz. konnte auch durch die Verbesse-
rung der Produktionsmethoden nicht eingeholt werden.
So ist es auch zu verstehen, daß in England zwei grö-
ßere Kunstseidefabriken in der letzten Zeit wegen Un-
rentabilität stillgelegt wurden und überall die Dividen-
den rückläufige Tendenz zeigen.

In Deutschland sind vor einiger Zeit die beiden größten
Konzerne, Glanzstoff und J. G. Farben, zu Vorabmachun-
gen gelangt, in denen man sich zunächst auf Produktions-
quoten einigte. Die deutsche Kunstseidehandelsbilanz ist
zwar mengenmäßig passiv (Einfuhr 1929 9 1/4 Mill. Kilo-
gramm, Ausfuhr 8 1/4 Mill. Kilogramm), aber dem Wert
nach aktiv, da es sich bei der deutschen Ausfuhr um be-
essere Qualitäten handelt (Wert der Einfuhr 64,8 Mill.
Reichsmark, der Ausfuhr 83,9 Mill.). Dabei stieg die
deutsche Kunstseideproduktion von 20 Mill. Kilogramm
im Vorjahr auf annähernd 25 Mill. Kilogramm.

Alle diese Zahlen zeigen eine langsame aber stetige
Weiterentwicklung und beweisen andererseits, daß die
Gefinnungen weit überspannt waren, die unter Bezug-
nahme auf die Tatsache, daß der Kunstseideverbrauch erst
wenige Prozente des Baumwollverbrauchs darstelle,
annahmen, daß er schnell auf etwa die Hälfte dieses
Verbrauchs gebracht werden könne. Dabei haben sich die
Verwendungsgebiete der Kunstseide weiter vermehrt, so
insbesondere bei Strickereien und Unterkleidung, und
sicher ist auch dadurch der Rückgang der Einfuhr nach
Deutschland an Rohbaumwolle und Wolle mitbedingt.

* **Berichtigung.** In unserem gestrigen Leitartikel, „Das
Kompromiß im Reichskabinett“, ist durch einen
Schriftfehler beim Zitieren ein Irrtum unterlaufen, den die
Leser allerdings wohl schon vor sich ausberichtigt haben wer-
den. Der Betrag, für dessen Aufbringung Reichsbahnvor-
zugsaktien flüssig gemacht werden sollen, ist nicht 100 Mil-
lionen Reichsmark, sondern 150 Millionen Reichsmark. Das
Kompromiß im Reichskabinett bezog sich also in erster Linie
auf die Beschaffung der noch fehlenden 100 Millionen. Diese
Summe soll bekanntlich durch eine Beitragserhöhung um
1/4 Proz. und durch die Entnahme von 50 Millionen aus der
Bank für Industrieobligationen aufgebracht werden.

Das Amtsgericht Potsdam hat gegen den Bezirkschornstein-
fegerobermeister u. Amtsvorsteher von **Vornstedt, Frenzel**, der
Mitglied des Provinziallandtags Brandenburg ist und der
Wirtschaftspartei angehört, Haftbefehl wegen des **Verdachts**
der **Blutschande** erlassen. Das Vormundschaftsgericht hat
die drei Töchter unter die Obhut des Ortspfarrers gestellt.

Anlässlich des Geburtstages des Präsidenten **Masaryk** fand
am Donnerstagnachmittag auf der Burg eine Truppenparade
der **Prager Garnison** statt. Bei dem zu Ehren des Präsi-
denten veranstalteten militärischen Gruppenfliegen stießen zwei
Flugzeuge zusammen und stürzten ab. Die zwei Piloten und
Beobachter beider Maschinen konnten nur noch als **Leichen**
aus den Trümmern geborgen werden.

In den Morgenstunden des Donnerstags stürzte die Pri-
vatsekretärin des Führers der amerikanischen Delegation auf
der **Londoner** Flottenkonferenz, **Stimson**, aus ihrem Schlaf-
zimmersfenster im sechsten Stockwerk des **Marsfeld-Hotels** in
die Tiefe und wurde tödlich verletzt. Die im Alter von 30
Jahren stehende Dame sollte am selben Tag von Southamp-
ton nach Amerika zurückfahren. Man vermutet, daß sie beim
Öffnen ihres Schlafzimmersfensters einen Schwindelanfall er-
litten hat.

Nach Schluß der Redaktion:
Rücktrittsabsichten Dr. Schachts
Dr. Schacht gab im Zentralamt der Reichsbank bekannt,
daß er die offiziellen Schritte getan habe, um eine
vorzeitige Beendigung seines Dienstver-
trags herbeizuführen. Der Grund zu diesem Entschluß liegt
in seiner Auffassung vom Gaager Schlupprotokoll. Dr. Schacht
wird jedenfalls solange im Amt verblei-
ben, bis über die Wahl eines Nachfolgers Entscheidung getrof-
fen werden kann.

Der 6. März
Zusammenstöße in Berlin und im Reich
Anlässlich des kommunistischen „Weltkampftages“ kam es
in Berlin und in anderen Städten des Reichs zu ersten
Zusammenstößen.

In Berlin wurden am Nachmittag in der Nähe der Arbeits-
nachweise die Parolen und Anweisungen für die Demonst-
ranten ausgegeben. In den **verbotenen Umzügen**, die sporadisch
in allen Teilen der Stadt auftraten, beteiligten sich vor
allem Mitglieder der „Antifa“ (Antifaschistische junge Garde)
in blauen Hemden und Kollontajmänteln, die in der verbot-
enen Uniform erschienen. Die Taktik der Kommunisten ging
auch diesmal wieder dahin, die Polizei an möglichst vielen
Stellen zu beschäftigen.

Weit über hundert Sitzierungen erfolgten. In **Charlotten-
burg** wurden zwei Polizeibeamte, die einem Demonstrationen-
zug entgegenritten, angegriffen. Ein Wachtmeister wurde
von 10 Männern mit Schlagringen und Stahlruten bearbeitet,
so daß er in wenigen Sekunden blutbedeckt und benimmungs-
los am Boden lag. Auch der zweite Polizeibeamte wurde zu
Boden geschlagen, konnte aber noch gegen die auf ihn ein-
schlagenden fünf Schüsse abwehren. Einer der Verursacher
dabei einen Bauchschuß, ein zweiter einen Oberschenkel-
wunde erlitten die Demonstranten die Flucht. Im **Scheun-
viertel** mußte die Polizei kurz nach Mitternacht noch zu einer
Säuberung der Muladstraße und der Schendelgasse schrei-
ten. Die Demonstranten hatten sämtliche Lampen ausge-
dreht. Die Beamten regelten die Straße ab und gaben das
Kommando, sofort zu räumen, da geschossen würde. Kurz
danach wurden mehrere Salven durch die Straße gefeuert.
Als die Polizei nach der Säuberungsaktion abrückte, wurden
ihnen aus dem Dunkel heraus Schüsse nachgeschickt. Patronen-
wagen mit sechs Mann durchsuchten nun unter Vorhalten der
Pistolen die Gehäusen, die sich in Hausflure gesammelt hatten.

Schwere Ausschreitungen ereigneten sich u. a. in **Halle**, wo
es zwei Tote gab. In **Zusammenstößen** kam es ferner in
München, Dresden, Leipzig, Bremen. In **Bittau** wurden bei
schweren Ausschreitungen drei Beamte verletzt. Auch in
Rheinland-Westfalen mußten verschiedentlich Demonstrationen-
züge mit Gewalt aufgelöst werden.

W.B. Berlin, 7. März. Im Laufe des gestrigen Tages sind
bei den Zusammenrottungen, soweit bisher bekannt geworden
ist, 13 Polizeibeamte und 7 Zivilpersonen verletzt und 134
Personen beiderlei Geschlechts festgenommen worden. Von
diesen sind noch im Laufe der Nacht 95 wieder entlassen wor-
den. Von den 39 noch im Polizeireisefeld verbleibenden Ar-
restanten ist ein Teil noch im Laufe des heutigen Tages wie-
der in Freiheit gesetzt worden. Der kleine Rest wird dem
Richter vorgeführt werden.

Das Ausland
In Wien, Paris, London gab es nur kleinere Zwischen-
fälle. In Washington trieb die Polizei mit Tränengas De-
monstranten, die sich vor dem Weißen Hause angesammelt
hatten, auseinander.
In New York kam es zu sehr stürmischen Zusammenstößen
zwischen Polizei und Demonstranten, bei denen 300 Personen
verletzt wurden. Auch in anderen Städten Nordamerikas ist
es ziemlich stürmisch hergegangen. Aus Detroit werden 30
und aus Milwaukee 42 Verhaftungen gemeldet. In Pitts-
burgh sind mehr als 25 Verletzte zu verzeichnen.

Der Reichsrat
nahm am Donnerstag von der Verabschiedung einiger Ge-
setze durch den Reichstag Kenntnis, ohne Einspruch zu er-
heben. Darunter befand sich auch die Novelle zur Reichs-
haushaltsordnung und die Verlängerung der Mieterschutz-
gesetze bis zum 1. Juni 1931. Ferner stimmte der Reichsrat
einer Verschärfung der Verordnung gegen die Einschleppung
des Kartoffeltriebes zu.
Die Reparationsabgaben der Industrie mußten bisher an
die Bank für Industrieobligationen abgeführt werden. Nach
der Annahme des Youngplans hören diese Reparationsver-
pflichtungen auf. Eine Gesetzesvorlage der Reichsregierung
sieht aber vor, daß die am 20. Februar fällig gewordenen
150 Millionen Industriebelastung, der erste Teilbeitrag für
1930, dem Reich zufließen soll.
Der Reichsrat stimmte diesem Gesetzentwurf zu, der mit
der Inangriffnahme des Youngplans in Kraft treten soll.

Das Gaststättengesetz
Bei der zweiten Lesung des Gaststättengesetzes im volks-
wirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde am Donner-
stag nach längerer Aussprache die in der ersten Lesung im
§ 1 getroffene Bestimmung, daß künftig Konzessionen nur
noch im Verhältnis zur Einwohnerzahl, und zwar 1:400, er-
teilt werden dürfen, wieder gestrichen und die **Regierungs-
vorlage wiederhergestellt**. Danach darf eine Konzession nur dann
erteilt werden, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen ist. Die
Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrates die
voraussetzenden Bestimmungen, unter denen ein Bedürfnis
anzuerkennen oder zu verneinen ist, treffen. Für die Wieder-
herstellung der Regierungsvorlage stimmten Deutschnationale,
Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten, Wirtschaftspar-
tei, Bayer. Volkspartei und Abg. Kämpfe (Christl. Nat. Arbeits-
gemeinsch.). Dagegen stimmten Kommunisten und Abg. Dr.
Mumm (Chr. Nat.), während sich die Sozialdemokraten der
Stimme enthielten.

W.B. Berlin, 7. März. (Tel.) Der Volkswirtschaftliche
Ausschuss des Reichstages setzte heute, am Freitag, die zweite
Lesung des **Gaststättengesetzes** fort. Die **Konzession** für den
Ausdank alkoholischer Getränke ist streng persönlich. Trotz-
dem erhalten schon jetzt **Uttengesellschaften** und andere unpersön-
liche Unternehmungen Konzessionen. Um der Rechts-
unsicherheit dieser Gesellschaften ein Ende zu machen, steht
der Entwurf vor, daß ihnen bis auf längstens 30 Jahre eine
Konzession erteilt werden kann. Die Kommunisten beantrag-
ten mit Unterstützung des Abg. Dr. Mumm die Verkürzung
dieser Frist auf 20 Jahre, blieben jedoch in der Minderheit.
Die ursprüngliche Fassung des Entwurfs wurde angenommen.

Die zweite Beratung der Young-Gesetze Das Zentrum hält an der Fortsetzung der Sanierung der Reichsfinanzen fest

Im Reichstag kamen am Donnerstag die Young-Gesetze zur
zweiten Beratung.
Der Zentrumsvizepräsident **Ulrich** gab der tiefen Enttäu-
schung Ausdruck darüber, daß der Youngplan keineswegs die
Liquidation der Kriegsschulden gebracht habe, sondern voll sei
von äußerst bedenklichen Bestimmungen, die von dem Fort-
bestand des Mißtrauens der Gläubigerstaaten gegen Deutsch-
land zeugten. Mit besonderer Schärfe wandte sich der Zen-
trumsvizepräsident gegen das **deutschpolnische Liquidationsabkom-
men**, dessen Verbundenheit mit dem Young-Plan er nicht als
notwendig anerkannte. Nur weil der Fortbestand des Young-
planes eine schwere Wirtschaftskrise herbeiführen müsse, sei
die Annahme des Youngplans geboten. Das Zentrum aber
— so erklärte der Redner am Schluß unter großer Spannung
des Hauses — werde seine Zustimmung nur erteilen können,
wenn die Voraussetzung erfüllt sei, nämlich die **Sanierung
der Reichsfinanzen**.

Abg. Dr. **Reichert**, der als erster Oppositionsredner für die
Deutschnationale Volkspartei sprach, konnte die scharfe Kritik
des Zentrumsvizepräsidenten am Youngplan kaum überbieten. Er
suchte nachzuweisen, daß selbst der Damesplan trotz aller
Mängel doch noch wesentliche Vorzüge vor den Gaager Ab-
machungen habe. Der Damesplan sei wenigstens kein Defini-
tium, sondern ein Provisorium mit größeren Revisionsmög-
lichkeiten. Es sei auch für die deutsche Wirtschaft ein Schade,
wenn nach dem Youngplan eine deutsche Devisenschuld
bestehe, während der Damesplan eine Reichsmarkschuld fest-
gelegt hätte.

Reichsaussenminister Dr. **Curtius** nahm sodann das Wort,
um dem deutschnationalen Redner zu antworten. Er bestritt,
daß in dem provisorischen Charakter des Damesplanes und
in der Transferklausel Vorteile für die deutsche Wirtschaft
gelegen hätten. Das Gegenteil sei der Fall. Jetzt würden
die deutschen Leistungen wenigstens von einer **bestimmten
Endsumme** abgeschrieben, während die Leistungen unter dem
Damesplan gar nicht zur Abrechnung kamen, oder auf die
unmögliche 132-Milliarden-Summe des Londoner Ultimatum.
Die Transferklausel und die Revisionsmöglichkeiten
hätten auch die erhofften günstigen Wirkungen nicht gehabt,
weil alles in der Hand des Reparationsagenten lag. Der
größte Vorzug der Young-Gesetze liege neben der finanziellen
Erparnis darin, daß Deutschland die **ausländischen Vormän-
der seiner Wirtschaft loswerde**. Der Reichsfinanzminister
werde sich zu den finanziellen Fragen am Freitag äußern
und Reichsfinanzminister **Müller** die dritte Beratung mit einer gro-
ßen politischen Rede einleiten.

Der sozialdemokratische Abg. Dr. **David**, der für seine
Fraktion den Young-Gesetzen zustimmte, bezeichnet vor allem die
Befreiung des Rheinlandes als einen wichtigen Schritt auf
dem Wege zur Völkerverständigung.

Heute, Freitag, um 1 Uhr wurde die Beratung fortgesetzt.

Dritte Lesung am Dienstag
Der Ausschussrat des Reichstages hat beschlossen, daß die zweite
Lesung des Youngplans und der dazugehörigen Gesetze möglichst
in dieser Woche zu Ende geführt werden soll. In der allge-
meinen Aussprache soll das gesamte Vertragswerk einschließlich der
Liquidationsabkommen zusammengefaßt werden, nur das
Reichsbank- und das Reichsbahngesetz werden in einer **Spezial-
debatte** getrennt behandelt. Die Redezeit für das gesamte
Vertragswerk, also auch das Reichsbank- und Reichsbahn-
gesetz, soll 2 1/2 Stunden für jede Fraktion betragen. Für die **Abstim-
mungen** ist die Montagssitzung der nächsten Woche in Aus-
sicht genommen. Am Dienstag könnte dann die dritte Lesung
des Youngplans in Angriff genommen werden.

Zum Tod des Großadmirals von Tirpitz
wird aus dessen Freundeskreise mitgeteilt, daß der Groß-
admiral nur kurze Zeit im Sanatorium gewesen ist. Noch vor
einigen Tagen hat er seiner alten Kameraden ihn in Berlin
auf der Straße getroffen, ohne daß Tirpitz mehr Anlaß zur
Klage über seinen Gesundheitszustand zeigte als sonst. Er
litt immer unter Asthma. Seine Freunde nehmen an, daß die-
ses Leiden, das sich ja immer leicht aufs Herz auswirkt, schließ-
lich zum Tod geführt hat.
U. a. hat der Reichspräsident der Witwe in einem Tele-
gramm folgenden Wortlaut sein Beileid ausgesprochen: „Tief
erschüttert durch die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres
von mir hochgeschätzten Gatten, des Großadmirals von Tirpitz,
spreche ich Ihnen und den Ihren meine tiefempfundene Teil-
nahme aus. Die großen Verdienste des Verstorbenen um die
deutsche Flotte in Frieden und Krieg werden in der Geschichte
der deutschen Wehrmacht weiterleben.“

In einem Nachruf des Reichswehrministers **Gröner** heißt
es, Tirpitz' Name gehört für alle Zeiten der Geschichte an als
der des Schöpfers der deutschen Flotte. Die Reichsmarine
wird sein Andenken allezeit in Ehren halten.
W.B. London, 7. März. (Tel.) Die Morgenblätter wür-
digen das Andenken des Großadmirals von Tirpitz in aus-
führlichen biographischen Aufsätzen und größtenteils auch in
Leitartikeln. Der organisatorischen Fähigkeit und Arbeitskraft
des Schöpfers der deutschen Flotte wird uneingeschränkte An-
erkennung gezollt, sein politisches Wirken wird dagegen, wie
zu erwarten war, sehr abfällig beurteilt. So sagt „Times“:
Er ist bis zu seinem Ende ein unbeherrschter Anhänger der
Auffassung gewesen, daß Macht der Recht geht. „Daily Tele-
graph“ spricht von der unheimlichen diplomatischen Geschicklich-
keit des Verstorbenen. Die liberale Presse äußert sich durchaus
feindselig. Tirpitz bildete mit dem Fürsten **Bilow** und dem
vormaligen Kaiser die Gruppe von Deutschen, die am meisten
getan hat, den Zündstoff anzuhäufen, der den Weltbrand ver-
ursachte. Er kann als ein Musterbeispiel des Beamten in der
Politik angesehen werden, dem Pflichterfüllung und Tüchtig-
keit über alles gehen. „Daily News“ bezeichnet Tirpitz als
Deutschlands bösen Geist.

Ein **Lohnbuchhalter** in einer Firma in Solingen, der im
Laufe der letzten Jahre insgesamt 100 000 RM unterzulegen
hatte, wurde verhaftet. Bei einer Hausdurchsuchung in sei-
ner Wohnung noch etwa 27 000 RM gefunden und beschlag-
nahmt.

Die Ärzte des **London-Hospitals** haben den Erreger der
Bapageienkrankheit isolieren und feststellen können. Es han-
delt sich um einen Bazillus ähnl. Art, wie er bei Ratten, Ma-
sern und Maul- und Klauenseuche festgestellt werden kann.
Der Bazillus ist sowohl bei menschlichen wie bei tierischen
Erkrankungen einwandfrei nachgewiesen worden.

In Nordwestterritorium von **Kanada** wurden die zerfleis-
chten **Leichenreste** des seit einiger Zeit vermissten deutschen Reife-
schiffers und Wissenschaftlers **Dr. Kurt Haber** gefunden.
Er hatte eine Reihe im Fabelboot nach Nordamerika unter-
nommen. Man nimmt an, daß Haber vor Erschöpfung zusam-
mengebrochen ist, oder daß seine Leiche ans Ufer gespült
wurde, nachdem das Kanu in den Stromschnellen zerstückelt
worden war. Jedenfalls ist die Leiche von Wölfen gefunden
und teilweise zerfleischt worden.

Die Vorgänge im „Darmstädter Hof“ vor Gericht

Geldstrafen für die Nationalsozialisten

Das Schöffengericht Karlsruhe fällt nach 12tündiger Verhandlung am Donnerstag in der ersten Abendstunde gegen die Nationalsozialisten folgendes Urteil:

Gegen den Schriftleiter des nationalsozialistischen Wochenblattes „Der Führer“, Franz Moraller, 200 M Geldstrafe, evtl. 20 Tage Gefängnis, wegen erschwerter und fahrlässiger Körperverletzung sowie Beleidigung, gegen den Abg., Schriftsteller Wagner auf 100 M Geldstrafe bzw. 10 Tage Gefängnis, wegen erschwerter Körperverletzung und Beleidigung, gegen den Studenten Seiw auf 40 M Geldstrafe bzw. 4 Tage Gefängnis wegen erschwerter Körperverletzung, und gegen den Kaufmann Anauht auf 30 M Geldstrafe bzw. 3 Tage Gefängnis wegen Beleidigung. Den Beleidigten steht das Recht zur Veröffentlichung des Urteils im „Führer“ und in der „Badischen Presse“ zu; ferner erkannte das Gericht, daß Moraller und Wagner zugunsten des verletzten Reichsbahn-oberinspektors Laffen aus Altona gesamtverbindlich eine Buße von 150 M zu hinterlegen haben.

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahmen betündete Zeuge Eisenbahndirektor Venzinger (Karlsruhe), daß er den Aufruf auf nationalsozialistische Seite fallen hörte: „Wegen der Ausländer sollen wir keine deutschen Lieder singen.“ Er hörte ferner „Schweine“ rufen und sah, wie auf Kommissionsmitglieder eingeschlagen wurde. Die Ausländer hätten sich keinesfalls angeeignet verhalten. Die Zeugin, Kellnerin Geber, betündete, daß sie infolge des Wurfes mit dem Bierglas fast drei Wochen arbeitsunfähig gewesen sei und jetzt noch an Kopfschmerzen leide.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kraft betündete: Frau Eberhard kam sehr erregt an unseren Tisch und sagte in unhöflichem Tone, die Ausländer verhalten sich das Singen. Wir waren darüber empört, Wagner hand auf und erklärte: „Wenn in einem deutschen Lokal das Singen verboten wird, so zahlen wir und betreten das Lokal nie wieder!“ Herr Laffen hat sehr aufgeregt, mit den Händen gestikulierend, auf Wagner eingedehet. Ich habe mich schüßend vor den blutenden Herrn Laffen gestellt. Der Zeuge ist heute der Überzeugung, daß die Ausländer an den Vorkommnissen keine Schuld tragen.

Zeugin, Frau Eberhard, sagt aus, man habe ihre Bitte, das Singen zu unterlassen, unrichtig weitergegeben. Sie gibt zu, bei der ganzen Sache ungeschickt verfahren zu sein. Von Ausländern habe sie allerdings gesprochen.

Nach Abschluß der Beweisaufnahme erklärte Oberstaatsanwalt Dr. Heinsheimer, daß die Staatsanwaltschaft in dieser Sache nicht einen Augenblick eine politische Stellung eingenommen, sondern nur die strafrechtliche Seite im Auge gehabt habe. Es sei bedauerlich, daß von gewisser Seite her Angriffe gegen die Staatsanwaltschaft gerichtet worden sind. Das öffentliche Interesse sei beachtet worden, weil es sich um eine amtliche Kommission handelte, die Schläge bekommen hat, nicht deshalb, weil es sich um Ausländer gehandelt habe. Ferner lag ein öffentliches Interesse vor, weil die ganze Angelegenheit ungeheuer viel Staub aufgewirbelt hat. Der Angeklagte fuhr fort, es sei sicher, daß die Nationalsozialisten die Lieder nicht gesungen haben, um die Beamtenkommission und die Ausländer zu provozieren. Man müsse sich aber in die Stimmung der Gastgeber hineinsetzen, die ihre Gäste nicht gerne tranken lassen wollten. Den Angeklagten sei der gute Glaube zugubilligen, wenn sie meinten, die Ausländer wollten ihnen das Singen verbieten. Diese Annahme sei aber objektiv unrichtig. Es sei auch nicht richtig und unbewiesen, daß der oder jener am Tische der Kommission den Ausdruck „Boche“ gebraucht hat. Das Ende war, daß infolge unglücklicher Verwechslungen und Verkettung von Umständen friedfertige Leute verhaßt worden sind. Aber jeder Gast habe in Deutschland das Recht, darüber geküßt zu werden, daß er mißhandelt wird. Der Staatsanwalt betonte zum Schluß nochmals, daß man nicht dem Auslande nachgelaufen sei und es bewußt unterlassen habe, irgendeine ausländische Behörde in der Sache anzugehen. Er beantragte entsprechend abgestufte Geldstrafen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Plenarsitzung am nächsten Dienstag

Die nächste Plenarsitzung ist für Dienstag, den 11. März, nachmittags 3½ Uhr, mit einer umfangreichen Tagesordnung vorgesehen. Zur Beratung stehen die restlichen Kapitel des Innenetat (Ausgabe 14 bis 19, Einnahme 10 bis 14) sowie die einschlägigen Gesetze und Anträge und in Verbindung damit die Beratung des Gesetzentwurfes über die Befämpfung der Mienenjucken. Über die Denkschrift des Innenministers über die Verschulung der badischen Landwirtschaft im Jahre 1928, über die Mitteilung des Innenministers vom 23. Dezember 1929 mit Überichten über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Aus der letzten Tagesordnung wurden übernommen die Anträge der Deutschnationalen und Nationalsozialisten wegen des Überhandnehmens der Warenhäuser, der deutschnationale Antrag über die Zulassung der weiblichen Jugend zu den landwirtschaftlichen Winterschulen, der wirtschaftsparteiliche Antrag über das Reichsmilchgesetz, der nationalsozialistische Antrag über das Schächten der Schlachttiere und die Gesetze hierzu. Der Beratung und Erledigung harret des weiteren eine große Anzahl von Gesetzen allgemeiner Art.

Schulhaushaltsauschuh

Beim Kapitel Fach- und Gewerbeschulen wurde am Donnerstag hervorgehoben, daß die Städte in dieser Beziehung den Landorten gegenüber besser gestellt seien, doch sei augenblicklich keine Aussicht vorhanden, Wünsche der Landorte irgendwie erfüllen zu können. Die Stellung der Gewerbeschulen als Volkshochschule sei in Baden einzigartig. Freuen zum Beispiel lasse noch Handwerker als Fachlehrer an den Gewerbeschulen zu.

Beim Kapitel „Handelschulen“ wurde vom Berichterstatter betont, daß die Zahl der Schüler von 1923/26 von 6000 auf 15 000, die der Lehrer von 71 auf 887 gestiegen sei. Auffallend stark sei der Besuch der Handelschulen durch Mädchen; auch die Zahl der weiblichen Lehrlinge sei außerordentlich gestiegen. 1913 hatten wir 4200 männliche und 1000 weibliche Lehrlinge, 1926 5000 männliche und 7000 weibliche. Wie von sozialdemokratischer Seite hervorgehoben wurde, hängt damit auch zusammen, daß vielfach verbeiratete Angestellte von über 40 Jahren entlassen und an deren Stelle Lehrlinge eingestellt werden. Die Beschäftigung sollte beschränkt werden.

Die Eingaben der verschiedenen Beamtenorganisationen werden der Regierung überwiesen. Die Regierung erklärt, daß sie einen Rechtsanspruch auf Anstellung in einer bestimmten Gehaltsgruppe durch die Leistung einer Ergänzungsprüfung nicht ohne weiteres anerkennen könne.

Der Berichterstatter weist beim Kapitel „Volksschulen“ auf die große Zahl von Eingaben hin, die zum größten Teil Beforderungswünsche betreffen, die aber unter gar keinen Umständen durchzuführen seien.

Der Minister führte aus, daß die zahlreichen Sonderwünsche, die wohl an sich gerechtfertigt seien, infolge der Finanzlage nicht erfüllt werden könnten. Ziel sei: Heranbildung der Jugend zu einer möglichst großen allgemeinen Bildung, daneben auch Heranbildung einer Lehrerschaft, die für ihren Beruf den notwendigen Idealismus neben den nötigen Kenntnissen mitbringe, und die sich auch in ihrem Beruf wohl fühlt. Im ganzen sei das Verhältnis der planmäßigen zu den außerplanmäßigen Stellen besser geworden; auch die Schülerzahl auf einen Lehrer sei von 46 im Jahre 1913 auf 41,5 1929 zurückgegangen. Um einen Teil der Arbeitslosen von der Straße wegzubringen, habe man im Unterrichtsministerium schon erwogen, ob man an die Volksschule nicht ein neuntes Schuljahr anhängen solle.

Der Vorschlag des Unterrichtsministeriums wird zu Ende beraten. Die einzelnen Titel wurden ohne besondere Debatte angenommen.

Der evangelische Oberkirchenrat und 213 evangelische Gemeinden verlangen, daß die von ihnen als Unrecht empfundene Kürzung der Dotationen geändert werde. Die Eingaben werden nach dem Antrag des Berichterstatters durch den früheren Beschluß des Ausschusses als erledigt erklärt.

Für ein gemeinsames Fernsprechverzeichnis in Baden

Die Handelskammer Karlsruhe richtete an die Oberpostdirektion Karlsruhe und Konstanz eine gleichlautende Eingabe, worin auf den Beschluß der Oberpostdirektion Darmstadt und Frankfurt a. M. auf Herausgabe eines gemeinsamen Fernsprechverzeichnisses hingewiesen wird. Den Bemühungen der Handelskammer Karlsruhe wurde bisher entgegengehalten, daß grundsätzlich jede Oberpostdirektion für ihren Bezirk ein besonderes Fernsprechverzeichnis haben müsse. Außerdem könnte die Zusammenlegung der beiden Bücher wegen der damit verbundenen höheren Kosten von der Postverwaltung nicht verantwortet werden.

Nachdem nunmehr die früher von den beiden in Baden vorhandenen Oberpostdirektionen geltend gemachten Bedenken innerhalb der Reichspostverwaltung selbst überwunden sind, meldet sich die Kammer erneut mit dem Antrag, nun endlich auch für die beiden Oberpostbezirke das für Baden längst notwendige gemeinsame Fernsprechverzeichnis herauszugeben. Die Kammer hat an dieser Frage ein besonderes Interesse, weil in ihren Bezirk die Trennungslinie zwischen den beiden Oberpostbezirken fällt und sich deshalb der Mangel, der in der getrennten Herausgabe der Fernsprechverzeichnisse liegt, besonders fühlbar macht.

Der neue Großfender in Dürrenmühlader

Der neue Großfender in Dürrenmühlader erhält zwei Fundamente aus Holz, die mit einer Höhe von je 100 Meter die höchsten je errichteten Holztürme sein dürften. Die Deutsche Reichspost hat schon mehrere Rundfunktürme mit Holzmasten von 75 bis 80 Meter Höhe im Betrieb, so in München-Stadelheim, in Königstorn und Köln. Die Türme in Mülader sind aber mit einer beträchtlich größeren Höhe geplant. Gegenüber einer Ausführung in Eisen besitzen Holztürme wesentliche Vorteile, besonders in elektrischer Beziehung, da die die dem Turmleiter zugeführte Energie nicht teilweise selbst verschluckt, sondern frei ausstrahlen lassen.



Hebamme Frau W.

genießt überall dort, wohin sie gerufen wird, größtes Vertrauen. Mit der Energie und Entschiedenheit ihres Wesens verbinden sich Güte und aufopfernde Hilfsbereitschaft. Wie manche Mutter verdankt ihrem erprobten Rat das Gedeihen ihres Lieblings und das eigene Wohlergehen.

„Sie wissen nun - sagt sie oft - daß Coffein in die Muttermilch übergeht; das ist wissenschaftlich festgestellt. Störungen bei Säuglingen sind nicht selten auf starken Kaffeegenuß der Mutter zurückzuführen.“

Trinken Sie deshalb Kaffee Hag, der von anderem allerfeinsten Bohnenkaffee in Geschmack und Aroma nicht zu unterscheiden, dabei aber koffeinfrei und völlig unschädlich ist. Auch späterhin gibt es für Sie, Ihren Mann und die Kinder kein besseres Familiengetränk.“

Der 6. März in Baden

Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es am Donnerstag in der Landeshauptstadt nicht gekommen. In den Nachmittagsstunden kam es zu Ansammlungen von einigen hundert Arbeitslosen vor dem Arbeitsamt, außerdem bewegte sich ein Demonstrationzug der Kommunisten, an dem etwa 300 Personen teilnahmen, darunter viele Jugendliche, durch mehrere Straßen der Stadt. Wie die Polizei mitteilt, mußte sie an keiner Stelle eingreifen.

Gegenüber den Erwartungen ist in Mannheim und Ludwigshafen der 6. März ruhig verlaufen. Die chemischen Werke in Ludwigshafen waren durch ein hartes Polizeiaufgebot geschützt und die Gerichte über aufständisches Verhalten der Arbeiter in Mannheimer Werken bestätigten sich nicht.

In Freiburg hatten die Kommunisten ihre Anhänger zu einem Demonstrationzug aufgefordert. Der Landtagsabgeordnete Bod sprach auf dem Karlsplatz zu ungefähr 150 Kommunisten und mehreren hundert Neugierigen. Er forderte sodann seine Anhänger auf, zum Rathaus zu marschieren, um dort für die kommunistischen Forderungen zu demonstrieren. Der Zug war etwa 150 Mann stark, ging aber ohne jeden Aufenthalt am Rathaus vorbei. Ein Polizeiaufgebot sorgte für reibungslose Abwicklung des Verlaufs.

Ein Demonstrationzug der Kommunisten und Erwerbslosen in Rrad, der etwa 200 Personen, meist jugendlichen Alters, umfaßte, bewegte sich in Ruhe durch die Straßen. Die Polizei brauchte nicht einzugreifen. Am Schluß des Umzugs, in dem eine Reihe von Plakaten mitgeführt wurde, fand auf dem Viehmarkt eine kommunistische Ansprache statt.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Volkstrauertag am 16. März wird die Ortsgruppe Karlsruhe des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge nach Einleitung des Tages durch Besamenshöhe, welche der Christliche Verein junger Männer und der Jugendbund für entschiedenes Christentum vom Rathaus und dem Turm der evangelischen Stadtkirche, ebenso wie der Evangelische Männer- und Jünglingsverein Klippur von der dortigen Kirche blasen werden, durch ihren Vorstand Kränge auf dem Ehren- und Fliegeropferfriedhof niederlegen lassen. Von 9 bis 17 Uhr findet eine Straßensammlung für den dringend nötigen weiteren Ausbau der Katenfriedhöfe des Landesverbandes, nämlich Andech (Somme), Münster i. Gl. und Semheim i. Gl., sowie der Ortsgruppe Karlsruhe (Mametenferme in Flandern) statt, zu deren Durchführung sich Mitglieder der Karlsruher Jugendbünde zur Verfügung stellen wollen. Am Vormittag um 11½ Uhr findet eine allgemeine Gedächtnisfeier im großen Saale der Festhalle bei freiem Eintritt statt. Die Ansprache hat Schriftsteller Dr. phil. Erik Droop (Mannheim) übernommen. Außerdem werden mitwirken Franz Philipp, Direktor der Bad. Hochschule für Musik, das Orchester des Landestheaters unter Leitung des Generalmusikdirektors Krips und die Karlsruher Liedertafel unter Leitung des Studienrats Kahner. Die Teilnehmer werden gebeten, in der Bedeutung des Tages entsprechender Kleidung zu erscheinen. Für Schwerkrankenbeschädigte und ältere Hinterbliebene werden bis 11½ Uhr Sitzplätze in den vorderen Reihen freigehalten.

Zwei Erdhöhe registriert. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag um 9.58 Uhr und Donnerstag morgen 10.23 Uhr verzeichneten die Seismographen im geodätischen Institut der Technischen Hochschule zwei mittelstarke Erdhöhe. Die Entfernung betrug 500 Kilometer.

Colosseumtheater. Der beliebte rheinische Komiker Wilhelm Millowitsch ist mit seiner Truppe wieder zu Gast und feiert abernals als Musikler Dittelfeld in der Gartensteinfelsen Soldatenburleske „Der Stolz der 3. Kompanie“ Abend für Abend große Triumphe. Das Beiprogramm zu diesem Lustspiel beginnt mit einer etwas harmlosen Humoreske aus Millowitsch eigener Feder. Sie nennt sich zwar eine originelle Karnevalsgegeschichte, doch obwohl „Der lustige Witmer“ kein anderer als der Verfasser selbst ist, der sich damit natürlich eine auf seinen Leib zugeschnittene Bombenrolle geschrieben hat, wollen die komischen Notwendigkeiten kein befugtes Leben gewinnen, und mit wech großer Eingabe sich auch die übrigen Mitwirkenden für das Faschingschwänklein einsehen, das Haus amüßert sich nur wenig bei diesen albernen Wortwiken, die eben doch keine echten Witze sind. Mit stärkerem Beifall wird in der Zwischenpause allerdings schon Ernst Scharff überschüttet, ein Mann, dem in seiner Nummer taum ein Instrument fremd ist, der ein Weihen bald dieses oder jenes austrant und schließlich außer Mund und Händen auch noch mit den Füßen mehrere Trommeln traktiert. Jedenfalls ist danach das Publikum angeheitert genug, um bei der Soldatenburleske dann mit wahren Enthusiasmus loszubrechen. (Ch. Z.)

VII. Sinfoniekonzert des badischen Landesbetheaterorchesters. Dirigent und Programm stellen den nächsten Sinfonienabend (Montag, den 10. März) weit über den gewohnten Konzertbetrieb. Denn als Gastleiter ist Franz Dobrowen gewonnen, der als Kapellmeister, Regisseur und Komponist zu den fesselndsten Erscheinungen des jungen Russland zählt und, wo immer er an der Spitze eines deutschen Orchesters noch Werke seines Heimatlandes interpretiert hat, durch zündende Agilität ebenso besticht wie durch originalgetreue Echtheit. Um eine gerade ihm gemäße Programmfrequenz zu wahren, ist an den Anfang der Vortragsfolge Strawinskys „Feuervogel suite“ gesetzt worden, mit deren ursprünglich an einem anderen Abend vorgesehenen Erstaufführung zugleich der bedeutendste und weitaus interessanteste lebende Vertreter der neueren slawischen Produktion zu Wort kommt. Hauptstück des Konzerts ist jedoch die fünfte Sinfonie (E-Moll) von Tschaiwitsch, von der man unter solch virtuos meisternden Stadführung eine besonders glänzende Wiedergabe erwarten darf.

Weiternachrichten der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Zerfall des europäischen Hochdruckgebietes hat in den letzten 24 Stunden weitere Fortschritte gemacht. Ein Maximum von 770 Millimeter liegt nur noch über dem Balan. Eine flache Tiefdruckwelle, die von Westen heranzog, hat heute früh die Rheinmündung erreicht, und verursacht in Nordfrankreich Niederschläge. In unserem Gebiet hat das trodene Wetter angehalten; nach der heute Nacht aufgelegenen Bewölkung ist früh wieder Aufhellung eingetreten. Eine wesentliche Beeinflussung unserer Bitterung durch das an der deutschen Küste weiterziehende Tief wird kaum zu erwarten sein. Wetterausichten: Fortdauer der milden Bitterung bei westlichen Winden. Zeitweise wolfig, aber noch keine nennenswerte Niederschläge.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. März		6. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.82	168.16	167.81	168.15
Kopenhagen 100 Kr.	112.04	112.24	112.01	112.23
Italien . . . 100 L.	21.90	21.96	21.290	21.296
London . . . 1 Pf.	20.335	20.39	20.344	20.384
New York . . . 1 D.	4.1870	4.1950	4.1849	4.1945
Paris . . . 100 Fr.	16.375	16.415	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.93	81.09	80.895	80.907
Wien . 100 Schilling	58.94	59.06	58.95	59.07
Brag . . . 100 Kr.	12.405	12.425	12.402	12.422

Ermäßigung des Reichsbankzinsfußes um ½ Prozent. REB. Berlin, 7. März. Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 8. März den Wechselzinsfuß von 6 auf 5½ Prozent und den Lombardzinsfuß von 7 auf 6½ Prozent herabgesetzt.

Diskontherabsetzungen im Ausland erfolgten in Schweden von 4½ auf 4 Proz., in Dänemark von 5 Proz. auf 4½ Proz., in Holland von 4 Prozent auf 3½ Prozent. Die New-Yorker Bundesreservebank hat ihren Diskontsatz unverändert auf 4 Proz. belassen.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 5. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh, 11¼ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7656 pence.

Die Vereinsbank Karlsruhe schlägt bei einem Reingewinn von 57 254 M eine Dividende von 8 Proz. vor.

Rheinische Hypothekbank in Mannheim. In der Aufsichtsratsitzung am Donnerstag wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung der Vorjahrsdividende von 10 v. H. auf die Stammaktien vorzuschlagen; die im Jahre 1929 ausgegebenen jungen Aktien sind bekanntlich zur Hälfte dividendenberechtigt. Der Reingewinn (einschließlich des Vorjahrs aus dem Vorjahre) beträgt 1 608 050 M (im Vorjahr 1 447 485 M). Im neuen Jahr hat sich der Pfandbriefabsatz bisher sehr lebhaft gestaltet.

Zum Konkurs Imhof & Mucke in Böhrnbach. Die in Konkurs geratene offene Handelsgesellschaft Imhof & Mucke, Musikwertfabrik, hatte vor einiger Zeit mangels Aufträgen ihren Betrieb stilllegen müssen. Sie war in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegründet worden und spielte in dem Wirtschaftsleben der Gemeinde Böhrnbach eine bedeutende Rolle. Sie ist der Ausbreitung des Radios und Gramophons zum Opfer gefallen. Die Firma beschäftigte sich mit der Herstellung sogenannter Orchestrions.

Badische Naturweinversteigerungen. Die Mitglieder des Vereins badischer Naturweinversteigerer halten in diesem Frühjahr badische Naturweinversteigerungen ab am 2. Mai in Mannheim, am 7. Mai in Offenburg und am 22. Mai in Klostergut Fremersberg bei Baden-Baden.

Die Redarthschiffahrt im Februar. Im Februar wurde die Schiffahrt auf dem Redar durch die trockene Witterung sehr ungünstig beeinflusst. Wie auf dem Rhein ging auch im Redar der Wasserstand ab Mitte Februar bedeutend zurück, so daß die Mehrzahl der Rähne in der zweiten Februarhälfte keine Ladung mehr annehmen konnte. Zudem verursachten noch die Arbeiten am Redarkanal bei Redarsteinach eine fünftägige Sperre. Von Mannheim fuhren 13 Schleppzüge mit 61 Rähnen zu Berg. In Tal sind 42 Rähne abgefertigt worden.

Der Straßburger Rheinabfahrtverkehr im Monat Februar belief sich auf insgesamt 876 244 Tonnen. Davon entfielen 289 066 Tonnen auf die Massengüter Kohle, Erze und Kali, 86 278 Tonnen auf die übrigen Güterarten insgesamt. Das Übergewicht der Zufuhren ist auch in diesem Berichtsmontat wieder stark ausgeprägt. Angekommen sind 422 und abgefahren sind 408 Rheinschiffe.

Baseler Rheinabfahrt. Der vergangene Februar war für die gesamte Schiffahrt auf dem Rhein sehr flau. Diese ungünstige Lage kommt auch im Februarergebnis des Baseler Rheinabfahrts zum Ausdruck, wurden doch nur 37 103 Tonnen umgeschlagen, eine Ziffer, die gegenüber dem Vorjahr, in welchem der Umschlag infolge der großen Kälte überhaupt unmöglich war, angenehm abfällt, gegenüber dem Januarergebnis 1930 indes abfällt. — Der gesamte Schiffsverkehr wickelte sich auf dem Hünninger Zweigkanal ab.

Ein Angebot der Aufsichtsratsmitglieder an die Savag-Aktionäre. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G. haben sich bereit erklärt, den Aktionären ein Angebot zu machen, wonach unter der Voraussetzung der restlosen Vereinigung der ganzen Angelegenheit 60 M auf jede Aktie gezahlt werden sollen. Der deutsche Aktionärsverein glaubt, den Aktionären die Annahme dieses Angebotes empfehlen zu sollen. Er rechnet zwar da-

mit, daß der demnächst erscheinende Revisionsbericht eine Bestätigung der Aufsichtsratsmitglieder nicht verneinen wird, er ist sich ferner bewußt, daß das Angebot früheren Erwartungen nicht entspricht. Ein höheres Angebot sei aber nicht zu erzielen. Die Aktionäre laufen nach Lage der Verhältnisse Gefahr, auch bei erfolgreicher Durchführung eines etwaigen Regreßprozesses ohne eine freiwillige Leistung der Aufsichtsratsmitglieder leer auszugehen.

Gemeinderundschau

Aus dem Kreisrat Karlsruhe. Die Voranschläge für die Unterhaltung der Kreisstraßen im Rechnungsjahr 1930 belaufen sich auf 484 300 M und jene für die Unterhaltung der Kreiswege auf 889 000 M. Der Gemeinde Münzesheim wird vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung ein Kreisbeitrag zur Erstellung der Wasserleitung bis zu 9000 Reichsmark und der Stadtgemeinde Ettlingen zur Verbesserung der Wandererfürsorge ein solcher bis zu 5800 M zugesagt. Für die Gemeinden Neuhard und Welschnureut wird der Kreisfürsorgeeinzelne ein solcher als Schularzt bestellt. An den Kreislandwirtschaftsschulen Graben und Buchal werden im Laufe des Monats März Kurse für Bauernlächter durchgeführt. Für das Rechnungsjahr 1930 soll die bisherige Kreissteuer weiter erhoben werden. Hiernach sind von je 100 M Steuerwert zu entrichten vom Grundvermögen 7,6 Pf., vom Betriebsvermögen 3,04 Pf. und vom Gewerbeertrag 57 Pf.

Der Bürgerausschuß Ronndorf genehmigte einen außerordentlichen Holzschlag von 2000 Festmeter. Dabei wurde von Bürgermeister Vogt mitgeteilt, daß der Stadtwald eine starke Überalterung zeige. Der Gemeindevorstand weise einen tatsächlichen Holzvorrat von rund 325 000 Festmeter oder 360 Festmeter pro Hektar auf, obwohl er nur 275 000 Festmeter bzw. 310 pro Hektar haben sollte. Die Überalterung betrifft vor allem die Jahrgänge von 61 bis 120. In der letzten Altersklasse von 101 bis 120 beträgt der Überfluß annähernd 300 Prozent. Die Umtriebszeit, die bisher 120 Jahre umfaßte, soll künftig auf 110 herabgesetzt werden. In der Zeit von 1926 bis 1935 sollen insgesamt 10 000 Festmeter außerordentlicher Holzschlag veranlaßt werden. Mit Rücksicht auf die gedrückten Preise am Holzmarkt sollen zunächst nur 2000 Festmeter zur Abholzung gelangen.

Ausnutzung der Thermalquelle Birschan (Zell i. B.) Die Gemeinde Birschan hat das Wasser einer Thermalquelle nunmehr genau untersucht lassen. Das Resultat lautet dahin, daß ein Wasser in gleichgroßer Beschaffenheit bisher in Süddeutschland selten angetroffen wurde. Die Gemeinde Birschan beabsichtigt nun, die Thermalquellen auszubauen und das Wasser als Mineralwasser und Badequelle zu benutzen.

Der Bürgerausschuß Säckingen verhandelte nochmals die Frage des Krankenhauserweiterungsbaues nach dem Entwurf des Architekten Kirchhoff in Bad-Bürzheim, dessen Kostenaufwand 400 000 M beträgt. Die Vorlage wurde mit 89 gegen 160 Stimmen angenommen. Für den Kostenbeitrag werden 180 000 M aus den Vermögensbeständen der Krankenkasse beigesteuert, 240 000 M sollen durch eine Kapitalaufnahme, verzinslich bis zu 8 1/2 Proz., beigebracht werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Intendant Sioli vom Mannheimer Landestheater scheidet aus D. Mannheim, 7. März. (Tel.) Das Dienstverhältnis mit dem Intendanten Sioli vom Nationaltheater wird auf 31. August 1931 gelöst. Gleichzeitig wird dem Entfugenen des Intendanten, ihn schon für das Spieljahr 1930/31 zu beurlauben, entsprochen.

D. Mannheim, 6. März. Im Alter von 77 Jahren starb hier Generalleutnant a. D. Max Beckmann. Er war über 50 Jahre im militärischen Dienst. Den Weltkrieg machte er als Generalmajor und Kommandeur der 16. Feldartilleriebrigade mit und wurde 1918 als Generalleutnant und Kommandeur der 108. Inf.-Division verabschiedet.

D. Weinheim a. d. Bergstraße, 7. März. Etwas verspätet hat in diesem Frühjahr das Blüten der Mandelbäume eingesetzt. In manchen Jahren konnte man an besonders geschützten sonnigen Stellen der Bergstraße bereits Mitte Februar blühende Mandelbäume sehen. In diesem Jahre brauchen die Blüten trotz des allgemein sehr warmen Frühlingwetters erst in den ersten Märztagen aus.

Ob. Freiburg, 6. März. Der 67 Jahre alte Fuhrmann Hermann Reith, der in der Heilanstalt Emmendingen untergebracht werden sollte, warf sich wahrscheinlich aus Furcht vor der Einlieferung in die Heilanstalt vor den von Freiburg nach Offenburg fahrenden Zug, wurde überfahren und getötet.

Staatsanzeiger

Verordnung
(vom 6. März 1930)

Gebammenwesen.
Der § 9 Abschnitt 1 Ziffer 10 der Verordnung vom 30. April 1928, das Gebammenwesen (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 169) wird mit sofortiger Wirkung wie folgt geändert:
„10. 100 Gramm Sagrotan in einem dunkel gefärbten Glas mit eingebrauntem Aufdruck: „Sigi“, „Sagrotan.“
Karlsruhe, den 6. März 1930.
Der Minister des Innern:
J. Witte mann.“

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Befördert:
Kanzleihilfsassistent August Debel beim Bezirksamt Wertheim zu jenem in Mannheim.
Versetzung in den Ruhestand bis zur Wiederherstellung der Gesundheit auf Ansuchen:
Ministerialdirektor Friedrich Föhrenbach im Ministerium des Innern.

Städtische Sparkasse Gaggenau

Bilanz per 31. Dezember 1929

Vermögen.	RM.	Guthaben der Einleger.	RM.
1. Kassenbestand	19 914,16	1. Spareinlagen	1 445 770,75
2. Wechselbestand	13 526,13	2. Scheck-, Giro- und Kontokorrenteinlagen	192 999,01
3. Bankguthaben	3 434,05	3. Anlehenskapitalien	223 023,66
4. Darlehen in lfd. Rechnung (im geschl. Sicheh.)	569 035,77	4. Sicherheitsrücklagen	64 333,59 RM
5. Darlehen (Würgschaften)	121 840,14	Gewinn	
6. Darlehen an öffentl. rechtl. Körperschaften	143 083,—	1929	18 695,48 RM
7. Darlehen (langfr. Hyp.)	1 053 510,62		83 029,07
8. Immobilien u. Mobilien	1,—		
9. Zinsenrückstände	18 682,12		
10. Aufwertungen	1 795,50		
	1 944 822,49		1 944 822,49

Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 1 651 003,52 RM Einlagen 82 550,15 RM
Sie beträgt am Schluß des Jahres 1929 83 029,07 RM
Somit mehr 478,92 RM

Gaggenau, den 5. März 1930. D.240

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Schneider, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Drechsel.

gleichverfahren zur Anwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Dr. Verold Wöck in Karlsruhe, Kaiserstr. 148, bestellt. Dem Gemeinsschuldner wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Infolge dieses Verfügungsverbot dürfen Zahlungen nicht mehr an den Wiedernachlasser erfolgen. Dieselben sind vielmehr an die Vertrauensperson zu leisten. Vergleichstermin ist bestimmt vor dem Amtsgericht Karlsruhe A 10, Akademiestr. 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234, auf Dienstag, 1. April 1930, vormittags 9 Uhr. Der Vergleichsvorschlag und seine Unterlagen liegen zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts auf.

Karlsruhe, 5. 3. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

Inserieren bringt Gewinn!

Druck G. Braun, Karlsruhe

Todesanzeige und Nachruf

Hiermit erfülle ich die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem am 6. März 1930 in Tübingen erfolgten Ableben unseres ersten Vorsitzenden

Herrn Adam Gieser

Gerichtsoberverwalter in Pforzheim

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Über 20 Jahre hat der teure Entschlafene seine Kräfte der Standesbewegung zur Verfügung gestellt. Gründungsmitglied, bekleidete er nach- und nebeneinander die wichtigsten Vereinsämter als Schriftführer, Schriftleiter der Vereinszeitschrift und als erster Vorsitzender; außerdem war er Mitglied im Gesamtvorstand des Bundes deutscher Justizamtänner und des Bundes der gehobenen mittleren Beamten Badens. Alle Posten füllte er in vorbildlicher Weise aus. Dazu befähigten ihn seine reichen fachlichen Kenntnisse und seine große Lebenserfahrung auf allen Gebieten. Stets fand er den richtigen Ausweg, wenn sich ihm Schwierigkeiten in den Weg stellten. Eine tödliche Krankheit hat seinem arbeitsreichen Leben ein frühes Ende bereitet; er erreichte ein Alter von 58 Jahren.

Ein ehrendes Gedenken ist dem Verblichenen in unseren Reihen gesichert.

Karlsruhe, den 7. März 1930. R.215

Bund deutscher Justizamtmänner, Landesverein Baden

I. A. Kühner, 2. Vorsitzender.

Die Einäscherung findet am 8. März 1930, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Pforzheim statt.

Unsere am 1. April 1930 fällig werdenden Zinscheine lösen wir wie folgt ein:

R.214
aus unseren 5proz. Goldpfandbriefen der Reihe I
Buchstabe A (0,125 Gramm Gold-Zins) mit 0,51 M
Buchstabe B (0,25 Gramm Gold-Zins) mit 0,62 M
Buchstabe C (0,50 Gramm Gold-Zins) mit 1,26 M
Buchstabe D (1,25 Gramm Gold-Zins) mit 3,14 M
Buchstabe E (2,50 Gramm Gold-Zins) mit 6,28 M

An obigen Beträgen haben wir 10 Prozent Kapitalertragsteuer bereits in Abzug gebracht.

Die Zinscheine aus unseren 7prozentigen und 5prozentigen Goldpfandbriefen werden mit den aufgedruckten Goldmarkbeträgen in Reichsmark (1 Goldmark = 1 M), abzüglich 10 Prozent Kapitalertragsteuer eingelöst.

Mannheim, den 1. März 1930.
Rheinische Hypothekbank.

D.249. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Willy Knobloch, Einzellaufmann in Firma Pianofortefabrik W. Knobloch vorm. Fröhlich in Offenburg ist Termin zur Verhandlung über den dem Gemeinschuldner gemachten Zwangsvergleichsvorschlag bestimmt auf Montag, den 31. März 1930, vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem Bad. Amtsgericht Offenburg Abt. I, Zimmer Nr. 18.

D.244. Karlsruhe. Über das Vermögen des Wiedernachlassers Friedr. Amolsch in Karlsruhe, Amalienstr. Nr. 37, wurde heute vormittags, 10 Uhr, das Ver-

gleichverfahren zur Anwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Rechtsanwalt Dr. Verold Wöck in Karlsruhe, Kaiserstr. 148, bestellt. Dem Gemeinsschuldner wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Infolge dieses Verfügungsverbot dürfen Zahlungen nicht mehr an den Wiedernachlasser erfolgen. Dieselben sind vielmehr an die Vertrauensperson zu leisten. Vergleichstermin ist bestimmt vor dem Amtsgericht Karlsruhe A 10, Akademiestr. 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 234, auf Dienstag, 1. April 1930, vormittags 9 Uhr. Der Vergleichsvorschlag und seine Unterlagen liegen zur Einsicht der Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts auf.

Karlsruhe, 5. 3. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 10.

Inserieren bringt Gewinn!

Druck G. Braun, Karlsruhe

Badisches Landestheater

Samstag, 8. März 1930

*E 16. Th.-Gem. 1. S.-Gz.

Zum ersten Male

Die Affäre Drenjus

Schauspiel in 5 Akten (6 Bildern) von

Hans J. Rehfisch und Wilhelm Herzog

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Bertram, Ermath, Genter, Schreiner, Janz, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, J. Gröbinger, Perz, Gierl, Höder, Hoppach, Just, O. Kienhöfer, Kneble, Kuhne, Landgrebe, Reiner, Müller, Prüter, Schulz, v. d. Trend, Geier, Grimm, G. Kienhöfer, Lindemann, Luther, Rivinius, Seibert.

Anfang 19 1/2, Ende n. 22 1/2

Preise A (0,70—5 RM)

So., 9. März: Die Meisterlinge von Nürnberg. Im Konzerthaus: Kater Lampe, Mo., 10. März: 7. Sinfoniekonzert.

D.246. Mannheim. Im Konkursverfahren über den Nachlaß d. Insassenmeisters Albert Stridde, wohnhaft gewesen in Mannheim, Laurentiusstraße 26, steht für die Schulverteilung ein Betrag von 402,58 M zur Verfügung.

Die Höhe der bei der Verteilung zu berücksichtigenden, nicht bevorrechtigten Forderungen beträgt 684,98 M, so daß für die nichtbevorrechtigten Gläubiger eine weitere Konkursdividende von 5 % zur Verfügung steht.

Das Verzeichnis der teilnahmeberechtigten Forderungen liegt auf dem Amtsgericht W. 13, Mannheim, zur Einsicht der Beteiligten offen.

Der Konkursverwalter:
Dr. F. Trau
Rechtsanwalt, Mannheim.

Freihändler

Papierholzwertauf.

Bad. Postamt Furttwangen, Freitag, den 14. März, vormittags 12 Uhr: 715

St. Fichtenpapierholz.

Losverzeichnisse durch das Postamt. D.248

D.247. sen Ehefrau Mathilde geb. Massa: Durch Ehevertrag vom 10. 2. 1930 Gütertrennung.

D.247. Güterrechtsregistereintrag Nr. III Seite 66: Arthur Otto Baum, Fabrikant in Rahr, und def-

D.247. Amtsgericht.

D.247. Amtsgericht.

D.247. Amtsgericht.

D.247. Amtsgericht.